

## Zur Verantwortung stehen

Angesicht der vielen Falschaussagen rund um den Spitalverbund ist es mir ein Anliegen etwas Licht ins Dunkel zu bringen.

Leserbriefschreiber Max Schefer hat in einem Leserbrief das unkollegiales Verhalten von Regierungsrat Mathias Weishaupt anlässlich des SP-Parteitages bereits festgestellt und die Falschauslegung der Verantwortlichkeiten erst einmal widerlegt. Ich möchte dieses Abschieben von Verantwortung aufgrund von schriftlich festgelegten Fakten noch vertieft beleuchten. Im Spitalverbundgesetz (SVARG) sind die Aufgaben von Regierung, Gesundheitsdepartement und VR klar formuliert. Unter Artikel 12, Absatz 2 kann man lesen: *Der Regierungsrat übt die Aufsicht des Kantons über den SVAR aus.* Im Artikel 13 heisst es weiter: *Das Departement Gesundheit bereitet die Geschäfte des Regierungsrates vor. Es (das Departement Gesundheit) beaufsichtigt zuhanden des Regierungsrates die Aufgabenerfüllung, insbesondere bezüglich Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Rechtmässigkeit der Tätigkeiten des SVAR.*

Im Klartext heisst das, dass die Verantwortung der Aufsicht in erster Priorität beim Regierungsrat liegt. Wie das zu geschehen hat, muss das Departement Gesundheit dem Regierungsrat beantragen. Der Regierungsrat muss folgende Fragen beantworten: Wie ist der Regierungsrat dieser Verantwortung nachgekommen? Gibt es eine Eigentümerstrategie oder besondere Instruktionen an das vom Regierungsrat delegierte VR-Mitglied?

Im öffentlich zugänglichen Bericht der Stabsstelle Controlling kann man auf Seite 4 folgendes lesen: *Die Spesenabrechnungen VR SVAR vom Dezember 2011 wurden vom VRP, vom Direktor Departement Gesundheit und dem Leiter Spitalamt unterschrieben.* Somit hatte Regierungsrat Weishaupt bereits damals Kenntnis von der Auslegungspraxis durch den VR bezüglich dem Entschädigungsreglement. Mit der Unterzeichnung der Spesenabrechnungen wurde die angewandte Praxis quasi schon Ende 2011 sanktioniert. Die Aussage von Regierungsrat Weishaupt, er hätte erst nach der StwK (im Herbst/Winter 2012) von der Entschädigungspraxis gewusst, sind schlichtweg falsch.

Mein Fazit: Verantwortung tragen heisst zu den bekannten Fakten stehen und nicht öffentlich auf andere Personen abschieben. Fehler sind entschuldbar, Unwahrheiten oder Unbeteiligung vorspielen sind aber eines Regierungsrates nicht würdig. Bis heute hat erst Regierungsrat Köbi Frei eingestanden einen Fehler, aber keine Unrechtmässigkeit begangen zu haben. In der Verantwortung steht aber der gesamte Regierungsrat.

Wer jemanden vorverurteilen möchte, sollte wenigstens vorher den Bericht der Stabsstelle Controlling gelesen haben, damit er mit allen Fakten vertraut ist.

Edgar Bischof  
Präsident SVP AR  
Teufen